

# Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 5 Pf. oder durch die Post vierteljährlich 72 Pf. frei ins Haus.

Nr. 9.

Berlin, den 27. Mai 1917.

12. Jahrgang.

## Pfingsten.

Aber kommen wird ein Pfingsten  
Donnernd über euer Haupt,  
Und ein Festtag der Geringsten,  
Der des Hochmuts Stamm entlaubt.  
Der sich lange selbst vergessen,  
Ist am Ziel der Unglücksbahn,  
Und der Mensch, der sie durchmessen,  
Kommt beim Menschen endlich an.

Georg Herwegh.

## Was will das werden?

So fragten nach der biblischen Pfingstlegende die Menschen aus aller Herren Länder, die im Tempel von Jerusalem die Jünger des Nazareners in allen Sprachen reden hörten. Sie kündeten das, was ihnen als neue Wahrheit und frohe Botschaft galt: Die Erlösung durch den Kreuzestod dessen, der für sie der Sohn Gottes war. Der internationale Charakter des Christentums tritt in der Pfingsterzählung der Apostelgeschichte zum ersten Male klar hervor. Die wundergläubigen, ungebildeten, gehetzten und getretenen Proletarier des römischen Weltreiches mit seinem bunten Völkergemisch griffen in naiver Inbrunst nach einer Lehre, die ihrem Hoffen und Sehnen entgegenkam und die ihnen wunderbarer Geheimnisse voll erschien. Wenn ihr Inneres von dem neuen Ideal erschüttert wurde, wenn ihnen ihr wurzelloses Dasein jetzt in einem großen, göttlichen Weltplan begründet und inbegriffen erschien, wenn ihr kindlicher Glaube an das Erlösungswort ihres Christus ihre Herzen erfüllte, dann waren alle Zweifel behoben, sie hatten auf die Frage: „Was will das werden?“ eine Antwort gefunden.

Anders die Proletarier unserer Tage. Deren fortgeschrittene und denkende Schichten wissen nur zu gut, daß ihnen kein „Heiland“ helfen und kein in Zungengestalt im Sturmgebraus vom Himmel herniedersteigender „heiliger Geist“ die Erlösungsbotschaft bringen kann. Sie wissen, daß ihre leiblichen und seelischen Nöte nicht übernatürlichen Mächten zuzuschreiben sind, sondern herauswachsen aus sehr natürlichem Boden, aus den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Erscheinungen der Gegenwart, die noch von finsternen, in der Vergangenheit wurzelnden Mächten im Bann gehalten wird. Der moderne Proletarier weiß, daß er selbst sein Erlösungswort in die Hand nehmen muß, um sich eine schönere Zukunft zu schaffen, und daß das nicht durch ergebnisvolles Fügen in einen göttlichen Gnadewillen erreicht werden kann. Aber auch den heutigen Proletariern drängt sich die hoffnungsbange Frage auf: „Was will das werden?“

Heute, am dritten Weltkriegspfingsten mehr denn je! Heute ringen die Gewalten der Vernichtung mit den Mächten, die den Frieden bringen wollen, heute steht die proletarisch-sozialistische Weltanschauung in hartem Kampfe mit der feudal-reaktionären und der bürgerlich-kapitalistischen Weltanschauung, die beide die graufige Weltkatastrophe verschuldet und immer vernichtender gestaltet haben, ja sogar in der proletarischen Bewegung selbst hat sich eine tiefe Kluft aufgetan zwischen denen, die im Völkergemisch dem Proletariat nationale Kriegspflichten predigten, und denen, die unentwegt am internationalen Friedensgedanken festhielten. Und in diesen heißen Kampf der Geister dröhnt das Trommelfeuer hinein, das blühende Landstriche in pockenartige Einöden verwandelt, tödelt die Todesfeuersterbender, gellen die Schmerzensschreie Verwundeter. Und draußen auf den Meeren sinken täglich Schiffe mit ihrer toten und lebenden Fracht in die Tiefen. Mit jedem Tage wird das Weltelend, der Welthunger und der Völkerhaß größer. Auf

der anderen Seite aber wächst das Friedenssehnen bei allen Völkern und immer breitere Schichten wünschen ein Ende des mörderischen Wahnsinns herbei. Jetzt wachsen aus diesem Sehnen und Wünschen auch die ersten Bestrebungen, die dem Frieden den Weg ebnen sollen; in der nordischen Hauptstadt sollen die ersten Fäden wieder getnüpft werden, die zunächst die Proletarier und Sozialisten aller Länder wieder umschlingen sollen. Aber in Tausend Herzen lebt die Frage: „Was will das werden? Wird der internationale Gedanke des modernen Proletariats neu erstehen, wird er zum Herold des Friedens werden?“

Kein Apostel und kein Zungenredner kann heute auf diese Frage Antwort geben. Aus dem Chaos einer zertrümmerten Welt, aus dem Widerstreit der Anschauungen und aus dem Toben der Leidenschaften heraus muß der Proletarier die Töne zu vernehmen suchen, die ihm eine bessere Zukunft künden. Nicht wie eine reife Himmelsfrucht in den Schoß fallen, nur Samenfröner werden es sein, die ihm von dort zuteil werden und die er in seiner Heimat Erde selbst zu fruchtbarem Gedeihen zu bringen hat.

Sie werden sich nicht alle verstehen, die als Sozialisten zusammenkommen. Dazu hat der Weltkrieg die Köpfe zu sehr verwirrt. Nur die werden zu einer Verständigung kommen, die, ob sie deutsch, französisch, englisch, russisch, italienisch usw. reden, auch während des Weltkrieges das Bekenntnis zum internationalen Sozialismus nicht bloß auf den Lippen, sondern auch im Herzen getragen haben. Ihnen bietet die Stockholmer Konferenz Gelegenheit, frei von allen hemmenden Schranken zusammenzutreten, sich aufzuklären und zu verständigen. Nur von diesen Sozialisten ist zu erwarten, daß sie eine Wiedergeburt der Internationale herbeiführen. Eine Internationale, die ihre nationalen Glieder zu wirklichen Friedensstaten verpflichtet und nicht bloß in platonischen Friedensdeklamationen schwelgt. Eine Internationale, die — was ebenso wichtig ist — so stark und fest verankert wird, daß sie alle in Zukunft drohenden Kriegskatastrophen im Keime ersticht. Ein solches Werk können aber nicht ein paar Männlein am Kongreßische zustande bringen, dazu ist die Mitwirkung der Proletariemassen in jedem Lande notwendig. Der Kampf um die Demokratie, um das Recht des Volkes, seine Geschichte selbst zu bestimmen, steht im engsten Zusammenhang mit der Erweckung der Internationale zu neuem Leben. Die Formen und Phasen dieses Kampfes werden in den einzelnen Ländern verschieden sein, Erfolg versprechen kann er aber nur, wenn er nicht einzelnen, sich klug dünkenden Führern überlassen wird, sondern wenn Massen und Führer in engster Fühlung stehen, einer den andern anfeuernd und vorwärtstreibend. Nicht überall wird dieser Kampf für Internationale und Demokratie unter den Kriegstürmen möglich sein, wie er in Rußland möglich war. Aber nach dem Kriege wird er überall mit doppelter Energie einsetzen. Denn dann wird das Proletariat aller Länder erst recht empfinden, wie sehr man es an das Kreuz geschlagen hat. Steuerlasten, Teuerung, Arbeitsnöte, politische und soziale Rechtlosigkeit werden die Nagelmale sein, die an seinem Körper brennen und es warnen, ein zweites Mal den Leidensweg nach Golgatha zu gehen.

Fruchtbare Vorarbeit für den Frieden und für den proletarischen Befreiungskampf werden die Männer leisten können, die schon während des Krieges dem Frieden und dem proletarischen Freiheitskampfe zu dienen bestrebt waren und die darob als Vaterlandsfeinde, Landesverräter, Anarchisten usw. gescholten wurden. Was soll man aber von der Friedensarbeit jener erwarten, die ihren Frieden mit dem Kriege gemacht hatten, die dem rasenden Kriegsgotte ein Milliardenopfer nach dem andern brachten, die den internationalen

Gedanken zum alten Blunder warfen oder, wenn sie sich heuchlerisch zu ihm bekannten, durch ihre engeren Freunde ruhig verspotten ließen? Die drei Jahre lang den proletarischen Befreiungskampf in der Stidluft des Burgfriedens und der Union sacrée (der heiligen Einigkeit) vermodern ließen und dem Proletariat einredeten, daß seine Geschichte in den Händen von ein paar Duzend Parlamentariern und Bürokraten oder einiger sozialistischer Minister am besten aufgehoben seien? Die sich gegenseitig verdächtigt und beschimpft haben, mit denen sich auch jetzt noch das Mißtrauen aller gegen alle an die Stockholmer Kongreßische setzt. Ein jeder wird dem andern einzureden suchen, daß nur sein Land einen Verteidigungskrieg führe, daß nur sein Volk ausgehungert werde und daß nur seine Regierung nicht an Eroberungen und Vergewaltigungen denke. Aber selbst wenn sie sich gegenseitig einen Generalpardon zubilligen, wenn sie sich zu einer Friedensdiskussion herbeilassen und wenn sie sich auf eine schöne Friedensformel einigen, werden sie den Worten auch die erforderlichen Taten folgen lassen? Die bitteren Erfahrungen in drei schweren Kriegsjahren zwingen nur zu sehr zu der Annahme, daß dem nicht so sein wird. Die Ebert, Scheidemann usw. werden es fertig bringen, im Juni in Stockholm eine schöne Friedensproklamation zu unterschreiben und im Juli im zu Bewilligungsweden einberufenen Reichstage einer neuen Milliardenforderung zur Fortsetzung des Krieges zuzustimmen. Die französischen und englischen Regierungssozialisten werden auch weiterhin „ihre Vaterland in der Stunde der Gefahr nicht im Stich lassen“.

Aber selbst wenn das Unerwartete Ereignis werden sollte, kann man von diesen Männern eine Erneuerung und Gesundung der Internationale erwarten? Können die proletarischen Massen Vertrauen zu Männern haben, die Anfang August 1914 in den Staub traten, was sie noch Ende Juli 1914 hochhielten? Die während des ganzen Krieges den Völkern der Gegner gar nicht genug Haue gönnen konnten, um mit den klassischen Worten eines hervorragenden deutschen Regierungssozialisten zu reden, der jetzt als Friedensbote nach Stockholm geht? Die mit ihrer rabulistisch zurecht konstruierten Theorie vom Verteidigungskriege jeder in Zukunft drohenden imperialistischen Gewaltprobe den Nimbus eines Volkskrieges verleihen? Die den Kampf um die Demokratie nach den Methoden eines jämmerlichen Schachergeschäftes führen und im eigenen Lager eine Gewaltherrschaft schlimmster Art errichtet haben? Nein, von solchen Männern ist eine Wiedergeburt der Internationale nicht zu erwarten. Will die neue Internationale Vertrauen bei den irren gewordenen Proletariemassen gewinnen, will sie sich nicht auf dehnbare Beschlüsse beschränken, sondern wirkliche Friedensarbeit leisten und den Kampf bis aufs Messer gegen alle imperialistischen Gewalten aufnehmen, dann darf sie sich nicht belasten mit den Durchhalten un Jusu'au boutisten. Unabhängig muß sie sich machen von allem Kriegs- und Regierungssozialismus, und diese Unabhängigkeit muß auch in den einzelnen nationalen Organisationen aufrecht erhalten werden. Nur so kann der Krieg gegen den Krieg, der Kampf um die politische Macht und die Verwirklichung der sozialistischen Ziele mit Klarheit und Entschiedenheit durchgeführt werden, nur so können die proletarischen Massen vor Irrungen bewahrt und zu einer einheitlichen Kampffront zusammengeschlossen werden.

Noch sind wir nicht so weit. Noch hält der Kriegszwang Millionen, die dermaleinst Streiter für unsere Sache sein sollen, in seinem unerbittlichen Zwange, noch lastet der Druck des Belagerungszustandes schwer auf uns, noch ist das freie Wort verpönt, die freie Presse getnebelt, noch hält viele das Gefühl der Ohnmacht in seinem Bann

und erzeugt bei den einen Hoffnungslosigkeit, bei anderen nervöse Ungeduld. Aber doch leuchten die ersten Strahlen eines nahenden Völkertages in unsere trübemwölften Tage. Sie leuchten auch in eisengitterte Zuchtthausenfenster, hinter denen die Märtyrer des internationalen Proletariatsideals schmachten. Sorgen wir dafür, daß dieses Ideal zum Leitstern von Millionen werde, die jetzt noch unentschlossen fragen: „Was will das werden?“ Trotz aller Ohnmacht und aller Gebundenheit können wir doch jetzt schon rüsten für den kommenden Kampf durch Ausbau unserer Organisation, durch Aufklärung, vor allem aber durch treues, weder durch Hoffnungslosigkeit noch durch Anfeindung beirrtes Festhalten an den Forderungen des Sozialismus und der Demokratie. Dann wird auch für uns das Wort des Proletariatsdichters Recht behalten:

„Noch manche Marterwoche ging  
Am Volk dahin seit jener Zeit,  
Und manchmal noch am Kreuze hing  
Die Unschuld und die Ehrlichkeit.  
Doch die Erfahrung immer blieb:  
Ein Morgen folgt nach jeder Nacht,  
Und jedem Ostern bang und trüb,  
Folgt eines Pfingstens lichte Pracht.“

## Wochenschau.

Son 16. bis 23. Mai 1917.

Sieben Wochen wagt die große Doppelschlacht im Westen auf und nieder. Die letzten acht Tage haben zwar keinen Durchbruchversuch konzentrierter Massen gebracht, aber einzelne Kampfhandlungen genug, deren Umfang an manche große Schlacht der Kriegsgeschichte heranreicht.

An der Südostfront haben die Italiener in einer zehnten Isonzo-Schlacht Massenangriffe durchgeführt und sieben Tage lang gegen die österreichischen Linienbrigade auf Brigade geworfen. Aber auch hier kann von einer Aenderung der Gesamtlage nicht gesprochen werden. Es ist überall das gleiche Schauspiel, das in seiner grausigen Wiederholung nur um so eindringlicher wirkt: Ungeheure Blutopfer werden immer von neuem gebracht, zu der Entscheidung, der man in allen Lagern nachsagt, die den Gegner vernichtet zu Boden werfen und militärisch schwach machen soll, kommt es nirgends. Im günstigsten Falle kann ein Geländegewinn gebucht werden, dessen Umfang vielleicht kaum hinreicht, die Toten zu begraben, die die Eroberung des Geländes gekostet hat. Die Blutopfer, die dem italienischen Volke in der letzten Woche auferlegt sind, wird die Zahl der Kriegsgegner dort beträchtlich vermehren.

Die Versenkung von drei schwedischen Dampfern durch deutsche U-Boote hat die Stimmung gegen Deutschland in Schweden sehr verbittert, wie auch in Norwegen seit langem eine stark deutschfeindliche Stimmung herrscht. Die deutsche Regierung hat der schwedischen ihr Bedauern ausgesprochen; in einer amtlichen Mitteilung wurde die Schuld auf England geschoben, das die schwedischen Schiffe nicht zu einer Zeit auslaufen ließ, in der bestimmten neutralen Schiffen freie Fahrt durch das deutsche Sperrgebiet gewährleistet war.

Der französische General Pétain, der erst vor kurzem zum Generalstabschef ernannt worden war, ist jetzt zum Oberbefehlshaber der gesamten französischen Streitkräfte ernannt worden. Sein Vorgänger Rivelle erhielt das Kommando einer Armeegruppe, während dessen Vorgänger Joffre in Amerika weilte, um die Vereinigten Staaten bei ihren Kriegsrüstungen zu beraten.

In Ungarn hat der allmächtige Ministerpräsident Tisza am 22. Mai abgedankt. Der Diktator der herrschenden Aristokratenpartei, ein erbitterter Gegner des freien Wahlrechts, muß vor der demokratischen Welle weichen, die gerade in Ungarn den Wahlrechtskampf in lebhaften Flux gebracht hat.

In Rußland hat der Widerstreit zwischen provisorischer Regierung und Arbeiter- und Soldatenrat zunächst dazu geführt, daß der letztere sich mit 41 gegen 19 Stimmen für eine Teilnahme von Sozialisten an der Regierung ausgesprochen hat. Daraufhin sind vier Sozialisten, die den verschiedenen russischen Parteirichtungen angehören, in das Ministerium eingetreten: Skoboleff als Arbeitsminister, Tschanow als Ackerbauminister, Tschewski als Postminister und Plechanow als Minister für das Verpflegungswesen. Kerenski hat das Ministerium für Krieg und Marine übernommen. Die stärkste imperialistische Säule der bürgerlichen Demokratie Rußlands, Miljukow, ist aus der Regierung ausgeschieden.

Die letzte Rede des deutschen Reichskanzlers, in der der Russe recht eindringlich ein Sonder-

frieden angeboten wurde, hat, wie vorausgesehen war, gerade das Gegenteil erreicht. Die russische Regierung hat sich zwar erneut für einen Frieden ohne Annexionen und ohne Vergewaltigung fremder Völker ausgesprochen, aber sie will einen allgemeinen Frieden, keinen Sonderfrieden. Auf Grund dieser Anschauung hat der neue Kriegsminister Kerenski sich sehr entschieden dagegen gewandt, daß an der Front an vielen Punkten selbständig eine Art Sonderfrieden geschlossen worden ist.

In Stockholm haben die Vorberatungen zur sozialistischen Friedenskonferenz mit den Gruppen begonnen, die sich dort schon einfinden konnten. Es läßt sich aber immer noch nicht übersehen, ob es zu einer Zusammenarbeit der drei in Aussicht stehenden Konferenzen, der vom skandinavisch-holländischen Komitee einberufenen, der vom russischen Soldaten- und Arbeiterrat beschlossenen und der vom Zimmerwalder internationalen sozialistischen Komitee geplanten, kommen wird. Daß die Zimmerwalder zu einer Einigung mit den Regierungssozialisten kommen werden, erscheint ausgeschlossen, wir halten es sogar aus dem im Leitartikel dieser Nummer angeführten Gründen im Interesse der Aktionsfähigkeit einer neu zu errichtenden Internationale für verfehlt, Gegenstände, die in der Feuerprobe des Weltkrieges sich als unüberbrückbar erwiesen haben, mit dem trügerischen Schein einer Verständigung zu verdecken. Schon die Art, wie einer der geschäftigsten deutsch-regierungssozialistischen Friedensagenten, der Herr Jansson, sein Handwerk betreibt, muß da abschreckend wirken. Der Herr ist als Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands einer der eifrigsten Verfechter der Politik des 4. August, Hauptmitarbeiter der berüchtigten J. A., in deren Nummern er seit Jahr und Tag wacker an der Verheerung der Internationale mitgearbeitet hat. Als besonderen Sport betreibt er die Hebe gegen Branting, wobei vielleicht mehr persönliche als sachliche Gründe ausschlaggebend sind. Eine solche Persönlichkeit kann wirklich nicht als unverdächtig und zuverlässiger Sachverwalter des Friedens und der Internationale angesehen werden. Wir können übrigens unseren Delegierten nur raten, die Bände der J. A. mit nach Stockholm zu nehmen; das darin enthaltene Material kann sehr viel zur Aufklärung und Klärung beitragen. Dabei muß auch darauf verwiesen werden, daß das regierungssozialistische Zentralorgan, der „Vorwärts“, die intimsten Beziehungen zur J. A. unterhält, die sich sogar auf eine Personalunion der Redakteure erstreckt. Dadurch werden die Friedensdeklamationen des Vorwärtsblattes erst in das rechte Licht gesetzt. Denn, wenn jemals, so muß in Stockholm die Forderung erfüllt werden: Aussprechen, was ist!

Von den Meldungen über die Stockholmer Vorberatungen ist besonders erwähnenswert, daß die bulgarischen Delegierten (gesagt wurde nicht, ob die „Engherzigen“ [Radikalen] oder die „Weitherzigen“ [nationale Revisionisten]) sich zwar für einen Frieden ohne Annexionen erklärt, aber doch die Dobrudscha und Mazedonien für Bulgarien reklamieren haben.

In Frankreich scheint die Minderheit immer mehr Boden zu gewinnen, so daß die Regierungssozialisten ihren Widerstand gegen die Stockholmer Konferenz kaum werden aufrecht erhalten können. Sie haben daher auch schon manchen Pflock zurückgedeckt und auch aus ihrem Zentralorgan klingt es jetzt ganz anders heraus als sonst. Der 27. Mai wird die Entscheidung bringen.

Die Passfrage ist jetzt endlich für die Delegierten der Deutschen Unabhängigen Partei gelöst. Sie erhalten alle ihre Pässe bis auf Genossen Adolf Hoffmann, gegen den beim Reichsgericht ein Ermittlungsverfahren wegen — Landesverrats schwebt. Das gleiche Schicksal ist auch den Genossen Büchner, Dittmann, Paul Hoffmann, Ledebour und Vogtner zuteil geworden. Zur Durchführung des Verfahrens ist aber zunächst noch die Zustimmung der Parlamente erforderlich. — Der Krieg von 1870/71 hat die Vöhenaffäre und den Hochverratsprozeß gegen Bebel und Liebknecht gerechtfertigt. Warum soll uns der Weltkrieg nicht ähnliche Aktionen in verstärkter und vervielfachter Gestalt bringen? Wie damals die deutsche Sozialdemokratie durch sie keinen Schaden erlitten hat, so wird auch diesmal die Unabhängige Sozialdemokratie durch solche Aktionen nicht erschüttert werden. Eher ist das Gegenteil anzunehmen. Den Arbeitern wird einmal gesagt werden können, wie sehr die Regierungssozialisten der bürgerlichen Justiz Waffen geliefert haben zu der stätlichen Reihe von Landesverratsprozessen, die diesen Krieg begleitet haben.

Die Tragödie des österreichischen Genossen Friedrich Adler hat ihren Abschluß gefunden.

Am 18. und 19. stand er vor Gericht, das ihn wegen des Attentates gegen den Ministerpräsidenten Stürgkh zum Tode verurteilte. Wir bringen in dieser Nummer eine ausführliche, den Berichten bürgerlicher Berliner Blätter entnommene Darstellung der Prozeßverhandlungen. Der „Vorwärts“ hat seine Leser nur mit kürzeren Auszügen aus dem Berichte abgespeist. Wir müssen es uns versagen, die Tragödie Friedrich Adlers, die für alle Zeiten ein besonderes Kapitel in der Leidensgeschichte des Sozialismus im Weltkriege bilden wird, eingehender zu besprechen. Festgenagelt werden muß, daß der neue Chefredakteur der J. A., Heilmann, Friedrich Adler mit Wlod George in Parallele stellt und ihn als „unseren Feind“ bezeichnet.

Der Vollziehungsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates hat beschlossen, an das internationale sozialistische Bureau und an die sozialdemokratischen Organisationen aller Länder, namentlich an die österreichische Sozialdemokratie einen telegraphischen Aufruf zu richten mit der Aufforderung, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Hinrichtung Dr. Friedrich Adlers, des Vorkämpfers der Freiheit aller Völker und des Gedankens an einen Weltfrieden, zu verhindern.

Die innere Politik Deutschlands stand in der vergangenen Woche unter der Nachwirkung der letzten Kanzlerrede. Zunächst brachte die letzte Reichstagsagung vor der Vertagung eine zwar kurze, aber desto schwerwiegendere Kampfansage des Kriegsministers von Stein gegen eine militärpolitische Neuorientierung. Anlaß dazu gab ihm der ach so bescheidene Versuch des Verfassungsausschusses, dem Reichstage ein gewisses Mitbestimmungsrecht bei Offiziersernennungen zu verleihen. Die kurze Episode erblickte jedem, der sich nicht von regierungssozialistischen Illusionen den Blick trüben läßt, die tatsächlichen Machtverhältnisse in Preußen-Deutschland. Der entschiedene Widerstand, den die Gegner einer Demokratisierung des deutschen Volkes an den Tag legen, kann nur gebrochen werden durch doppelt entschiedenes Vorgehen der Verfechter einer wirklichen Demokratie. Welches Maß von Entschiedenheit von den bürgerlichen Parteien und von den Regierungssozialisten zu erwarten ist, das haben neben unzähligen anderen Beispielen die Arbeiten des Verfassungsausschusses gezeigt.

Das regierungssozialistische Zentralorgan hat sich in den letzten Tagen redlich Mühe gegeben, aus der letzten Kanzlerrede herauszutüfteln, was in seinen Kram paßt. Die starken Töne, die es vor einiger Zeit gegen Bethmann-Hollweg anschlug, sind jetzt allerdings sehr gedämpft, muß man doch den guten Willen zeigen, den Kanzler vor der wilden Hebe der Alldeutschen in Schutz zu nehmen, nur um sich ja nicht ausschalten zu lassen. Dabei zeigt sich von Tag zu Tag mehr, daß die hinter dem Kanzler stehende bürgerliche Mehrheit genau denselben Annexionsappetit hat, wie die Alldeutschen, nur daß sie ihren Hunger nicht so laut in die Welt schreien. Es ist ein gemeingefährliches und unehrliches Spiel, wenn der „Vorwärts“ die Welt immer wieder zu täuschen versucht, indem er die deutschen Annexionisten als eine unbedeutende Gruppe hinstellt, während in Wirklichkeit die einflussreichsten agrarischen und kapitalistischen Kreise für Eroberungen eintreten. Freilich, Regierungssozialisten brauchen ein solch verlogenes Spiel, um ihre Rolle in Stockholm spielen zu können; der Sache des Friedens wird dadurch aber nicht gedient.

Die Revolutionsdrohung Scheidemanns hat einen Sturm im Wasserlase erregt. Es nützt diesem Staatsmanne nichts, daß er das Wort Revolution mit allerlei Verbengungen vor der Monarchie ausspricht und nur ganz bedingt von revolutionären Möglichkeiten sprach. Dist alles nichts; die Alldeutschen und Konservativen, die auch ganz gern einmal den Revolutionspopanz an die Wand malen, wenn es nicht nach ihrem Kopf geht, brauchen die Scheidemännliche Revolutionsphrase für ihre Kanzlerhebe. Und jetzt hat der „Vorwärts“ alle Hände voll zu tun, der bürgerlichen Welt nachzuweisen, daß sein Schlingling Scheidemann es gar nicht so böds gemeint habe. Wir müssen in diesem Falle dem armen, geplagten „Vorwärts“ beifliegen. Nein, Herr Scheidemann ist wirklich kein wilder Revolutionser. Und wenn er einmal radikal war, so brachte das eben die politische Konjunktur so mit sich. Wenn man dann einmal in Amt und Würde ist und den Befähigungsnachweis zum diplomatischen Geschäftshaber erbracht hat, klettert man nicht mehr auf die Barrikade; das könnte auch den Abendhoppfen bei Siechen stören. Allerdings bleibt auch die Frage offen, ob die deutschen Arbeiter nicht dafür danken, unter einer politischen Wetterfahne à la Scheidemann Revolution zu machen.

## Aus der Bewegung.

### Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Sekretariat und Zeitungsdienst: Schiffbauerdamm 21, 2. Hof, 3 Treppen, Berlin, N. 6. —  
Telephon: Amt Norden 9841.

Adresse für alle Zuschriften, die Gesamtpartei betreffend, und für alle Geldsendungen: Wilhelm Dittmann, Berlin, N. 6, Schiffbauerdamm 21, 2. Hof, 3 Treppen.

Adresse für alle Zuschriften, die die Frauen betreffen: Luise Zieg, Berlin, N. 6, Schiffbauerdamm 21, 2. Hof, 3 Treppen.

Adresse für den Zeitungsdienst: Emil Eichhorn, Berlin, N. 6, Schiffbauerdamm 21, 2. Hof, 3 Treppen.

Adresse für den Kontrollausschuß: Wilhelm Bod, Gotha, Nestenberg 14.

Mit der Haltung der Generalkommission zu verschiedenen Regierungskundgebungen und zur Ernährungsfrage beschäftigt sich eine Konferenz der Glasarbeiter, an der außer dem Hauptvorstand des Verbandes, der Verbandsausschuß und die Gauleiter teilnehmen. Es wurde folgende Entschliessung angenommen:

„Die Konferenz kann sich mit der Haltung der Generalkommission, wie sie von ihr zu den bekannten Kundgebungen von Regierungsstellen und des Generalkommandos eingenommen worden ist, sowie mit ihrem Verhalten zu der Handhabung des Hilfsdienstgesetzes, wie sie namentlich in letzterer Zeit von den entscheidenden Stellen beliebt wurde, nicht einverstanden erklären. Sie ist der Meinung, daß, nachdem alle von den Arbeitervertretern gestellten weitergehenden Anträge, welche eine wesentliche Förderung der Ernährungsweise der im Hilfsdienst Arbeitenden zum Zwecke hatten, abgelehnt wurden, und ferner, nachdem auch der Antrag auf Anbahnung der Landwirtschaft abgelehnt worden ist, die Mitglieder der Generalkommission ihre weitere Mitwirkung im Ernährungsamt zu versagen haben.“

Eine Angestellten-Organisation als sozialdemokratischer Verein. In der unter obiger Spitzmarke veröffentlichten Notiz sind die Vorstandsmitglieder Schröder, Pohl, Jänike, Feldmann und Umlauf durch den Seher zum Angestellten befördert worden. Das ist ein Irrtum. Diese fünf sind keine Angestellten; sie sind auch, wie die von uns genannte Gesamtziffer ergibt, nicht als solche gezählt worden. Von 22 Mitgliedern sind 17 als Angestellte bezeichnet worden, die obengenannten 5 rechnen demnach nicht dazu.

Nachdem vorstehende Zellen schon im Satz waren, meldet sich die J. A., um eine Notiz in die Welt hinauszuschicken unter der Ueberschrift „Unabhängig“ — von „Wahrheit und Anstand“. Darin kühnt sie an unsere Veröffentlichung der Namensliste und der Angestelltenqualität der Mitglieder des neuen Zentralvorstandes an und schreibt, daß wir zu dem Resultat gekommen seien, von 22 Mitgliedern seien 17 Angestellte. Das wäre aber nur durch die Fälschung möglich gewesen, daß wir 5 Mitglieder als Angestellte bezeichnet hätten, die keine seien. Wir haben oben schon dargelegt, daß es sich um einen Zahlirrtum handelt. Sätten wir die 5 Mitglieder, die tatsächlich keine Angestellten sind, als solche gerechnet, so wäre nicht die Zahl von 17 herausgekommen, sondern 22. Und hätte die eifertige J. A. sich die Mühe genommen, die Namen zusammenzuzählen, so hätte sie die Ziffer 22 herauszählen müssen und ferner sofort feststellen können, daß 5 Mitglieder nicht als Angestellte gezählt worden sind.

Wir haben gar keinen Anlaß, Behauptungen aufzustellen, die der Wahrheit nicht entsprechen, wie das die J. A. in ihrer altgeschwollenen Notiz unserem Zentralvorstand gegenüber tut, von dem sie behauptet, 12 Mitglieder desselben seien Angestellte. Einmal stimmt die Zahl nicht — sie ist viel zu hoch — dann aber hintz der Vergleich insofern, als wir bei unserer Feststellung der Angestelltenverhältnisse der Mitglieder des neuen Bezirksvorstandes nicht den gesamten Bezirksvorstand in Rechnung gestellt haben. Wenn wir die 12 Angestellten der Prekominmission zu den 17 hinzurechnen, so erhöht sich die Zahl schon auf 29, abgesehen von allen andern.

Und dann ist es noch was anderes, wenn Genossen, die Angestellte sind, in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei wirken, als in der Partei der Regierungsozialisten.

Mit der Wahrheit sollte die J. A. es genauer nehmen. Ist sie es doch gewesen, die erst kürzlich mitgeteilt hat, Lipinsky-Leipzig sei von den Genossen des 18. sächsischen Reichstagswahlkreises nicht wieder in den Bezirksvorstand gewählt worden, obwohl sie wissen mußte, daß für Lipinsky der 13. sächsische Kreis gar nicht in Frage kam, sondern der 12. Kreis, der dann auch den Genossen Lipinsky wieder gewählt hat. Und solche Leute wagen über Wahrheit und Anstand zu schreiben!

Seinen Uebertritt zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei hat der 15. sächsische Reichstagswahlkreis in einer Kreisgeneralversammlung beschloffen, obwohl die Abgeordneten Noske und Stücken — die Vertreter des Kreises im Reichstags — von diesem Schritt dringend abrieten.

Reichsverbands-Methode. Die Regierungsozialisten haben sich in der Bekämpfung der Unabhängigen Sozialdemokratie vollkommen die Reichsverbandsmethode angeeignet, das heißt, da es keine Möglichkeit gibt, ihre schlechte Sache auch nur in halbwegs erträglicher Dichte erscheinen zu lassen, übeln sie die Anhänger der Unabhängigen Sozialdemokratie persönlich auf das gemeinste an. Hier ein paar Beispiele davon:

Die Braunschweiger Genossen hatten in einer kleinen Schrift den Raub ihres Blattes, des „Volkshreund“, durch die Sozialpatrioten dargestellt, und das war notwendig, denn diese Vorgänge sind den weiteren Parteikreisen noch lange nicht genügend bekannt. In der „Königsberger Volkszeitung“, einem sozialdemokratischen Blatt, dessen grundsätzliche Redakteure vom Parteivorstand gemahregelt und durch ihnen gefällige Werkzeuge ersetzt wurden, lesen wir als Antwort auf jene Schrift der Braunschweiger Genossen:

„Die Opposition hat in allen Städten, wo sie zu Sonderorganisationen überging, mit solchen käuflichen Druckfahnen schlechte Geschäfte gemacht. Die Arbeiter haben besseres zu tun, als fortgesetzt die Klagen der Juden an den Wässern Babylons anzuhören. In kurzer Zeit werden wir in der Lage sein, durch Ziffern zu beweisen, wie das Unternehmen des „Volkshreund“ stand, als die Spartacusse noch am Ruder waren und wie man alle Welt anzupumpen versuchte, um den Zusammenbruch zu verhüten. Im übrigen hätten die Herausgeber der Mägelieder Jeremiae noch die Broschüre des verstorbenen Genossen August Günther anhängen können, in der Günther „feurige Rohten“ auf die Häupter verschiedener Herren sammelte. Der alte Günther konnte sich nämlich nicht darüber beruhigen, daß er seinerzeit Stegmann und Besemeier in sein Geschäft aufgenommen hatte. Er meinte immer, „das wäre die größte Dummheit seines Lebens gewesen.“

In ähnlich niedriger Weise ist eine Notiz der sozialdemokratischen Presse, die sich mit der Organisation der unabhängigen Partei in Magdeburg befaßt; auch hier weiß man nichts weiter anzubringen, als persönliche Anrempelungen. Es scheint, daß diese Notizen alle einen gemeinsamen Ursprung haben; seit Kriegsbeginn werden ja bei den Regierungsozialisten Leute ausgehalten, denen lediglich die Aufgabe zufällt, durch Beschimpfung und persönlichen Anlaß die Opposition gegen den Parteiverrat zu bekämpfen.

Ein Blatt der Unabhängigen Sozialdemokratie wird demnächst in Königsberg erscheinen. Es führt den Titel: „Volkstimme“, sein Verbreitungsgebiet ist Ost- und Westpreußen. Wie unangenehm dieses neue sozialdemokratische Blatt den Regierungsozialisten ist, zeigt die Wut, mit der die unter der Vormundschaft Brauns stehende „Königsberger Volkszeitung“ jetzt schon über das kommende Blatt herfährt.

Der Parteitag der Regierungsozialisten soll am 12. August abgehalten werden. Der Ort ist noch nicht bekannt.

Ein Blatt der Regierungsozialisten in Leipzig. Der „Tägl. Rundschau“ wird aus Dresden telegraphiert: Von Ende Juni ab wird in Leipzig ein neues tägliches Parteiblatt der sozialdemokratischen Partei erscheinen, das den Titel: „Freie Presse“ führt. Die Redaktion dieser Zeitung werden kürzlich entlassene Redakteure der „Leipziger Volkszeitung“ besorgen. Die Zeitung wird von den Vorständen der sozialdemokratischen Partei und der sächsischen Landes-Organisation finanziert werden.

Die Rache der Mannheimer Regierungsozialisten. Die „Mannheimer Volksstimme“ hat infolge der Gründung einer Organisation der Unabhängigen Sozialdemokratie einen Tobsuchtsanfall bekommen. Sie gesteht, daß sie beabsichtigte, die unabhängige Bewegung totzuschweigen, aber da die neue Organisation mit einem Schlage so stark auf den Plan trat, ging das nicht. Nun beschimpft sie die Genossen der Unabhängigen Organisation als Anarcho-Sozialisten, als Nicht-Sozialdemokraten, und sucht von der Teilnehmerzahl ein Drittel abzuhandeln: nicht 500, sondern nur 400 Personen seien in der Gründungsversammlung gewesen. Weiter berichtet das sozialpatriotische Blatt des Mannheimer Abgeordneten:

„Unsere Parteileitung schloß die drei Arrangements der Organisation des politischen Selbstmordes“ aus der Partei aus. Sieben Freunde derselben schlossen sich diesen an. Um deren Wählererei innerhalb der Partei ein Ende zu machen, wurde in einer, auch am letzten Sonntag stattgefundenen Versammlung des Bezirks Redarkadt, die bisherige Bezirksleitung ihres Amtes enthoben.“

Der Erfolg dieser Rache wird natürlich nur ein weiteres reiches Anwachsen der Unabhängigen Partei in Mannheim sein.

Mansfeld für die Unabhängige Partei. Die ordentliche Kreisversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Mansfeld nahm nach Erledigung der geschäftlichen Vereinsangelegenheiten entscheidende Stellung zum Parteifreit. Nach lebhafter, fast nur von Arbeitern geführter Aussprache gelangte mit 16 gegen 2 Stimmen folgende vom Kreisvorstand vorgelegte Resolution zur Annahme:

„Obwohl die vorjährigen Kreisversammlungen sich gegen die Vorstands- und Mehrheitspolitik ausgesprochen, mußte die einheitliche Parteifront im Kampfe gegen die herrschende Klasse doch als etwas selbstverständliches betrachtet werden; die Parteigenossen Mansfelds, dieses klassischen Landes der Unduldsamkeit und des Terrorismus ausgeprägter Art, — die die deutsche Sozialdemokratie als einen Hort der Toleranz und Meinungsfreiheit ansehen, sind leider schwer enttäuscht worden durch die terroristischen Maßnahmen der Parteinstanzen, die Mahregelung von Redakteuren, Zeitungsräub und Ausschließung ganzer Organisationen, systematisch gegen Andersdenkende durchgeführten. Die dadurch hervorgerufene Spaltung der Parteioorganisationen muß als gewollter Akt der Parteinstanzen, die Gründung der Unabhängigen Partei aber als ein Akt der Notwehr angesehen werden. Die Konferenz hofft, daß die verständige Arbeiterklasse mit

den aus dem Felde heimkehrenden Genossen, Zustände in der Partei schaffen wird, die einer sozialdemokratischen Partei würdig sind. Bis dahin betrachtet die Konferenz den Anschluß an die Unabhängige Sozialdemokratie als einzig gegebene Möglichkeit. Ferner kann die gegen die Arbeiterklasse gerichtete Nachpolitik, wie sie sich jetzt auch im Verbot des Volksblattes zeigt, keinen Grund geben zur Aenderung unserer Stellung.“

Nur ein erst in letzten Wochen sehr plötzlich zum Unterner gewordener Gewerkschaftsbeamter, und einer, der Beamter werden soll, stimmten gegen die Resolution. Die politisch organisierten Arbeiter in den beiden Hauptorten des Kreises hatten schon vorher völlig einmütig für den Anschluß an die Unabhängige Partei entschieden.

### Für die Frauen.

Genossin Zettin gemahregelt. Nun hat der Parteivorstand sein längst geplantes Attentat auf die „Gleichheit“ ausgeführt. Er hat die Genossin Zettin ihrer Stellung als Redakteurin entzogen und ihre sofortige Entlassung verfügt. Genossin Zettin hat 27 Jahre die Redaktion der „Gleichheit“ im Sinne des internationalen Sozialismus und der Demokratie geführt. Das ist in den Augen der Regierungsozialisten das „Verbrechen“, dessen sie sich schuldig gemacht hat, weswegen ihre Mahregelung erfolgt.

Die „Gleichheit“ war das bestredigiertere Blatt der Partei. Der Erweckung und Schulung der Genossinnen hat sie unvergleichliche Dienste geleistet. Gleichzeitig war die „Gleichheit“ das Publikationsorgan für die Frauen-Internationale.

Voll Zorn und Erbitterung werden die Genossinnen Deutschlands und der Internationale, die der Genossin Zettin so vieles verdanken, von dieser neuen Gewalttat des Parteivorstandes Kenntnis nehmen, die in der ganzen sozialistischen Welt ungeheures Aufsehen macht. Für alle überzeugten Sozialistinnen aber wird dieser neue Streich das Signal sein, mit der verdoppelten Kraft am Aufbau der Unabhängigen Partei zu arbeiten, um die Vorbedingung für die Neuschaffung eines grundsätzlichen sozialistischen Frauenblattes zu schaffen, denn niemand wird die „Gleichheit“, die nunmehr im Sinne der Regierungsozialisten redigiert wird, mehr lesen wollen.

Wie der Parteivorstand im „Vorwärts“ mitteilt, soll die „Gleichheit“ von Marie Juchacz und Herrr. Heinrich Schulz redigiert werden. Die Berliner Genossinnen lehnen es ab, unter solchen Umständen fernerhin die „Gleichheit“ zu halten, die sie nur obligatorisch eingeführt hatten unter der Bedingung, daß das Blatt so wie bisher geleitet wird. Nachdem feststeht, daß die „Gleichheit“ in das Fahrwasser der Regierungsozialisten hineingeworfen wird, wird das Obligatorium wieder aufgehoben und das Blatt abbestellt.

„Die „Gleichheit“ wieder Parteiorgan.“ Uns wird von Genossinnen geschrieben: Unter diesem Titel verkündete der „Vorwärts“ vom 19. Mai, daß der Parteivorstand dem „unhaltbaren“ Zustand ein Ende bereite, „Frau Zettin“ ihres Postens als Redakteurin der „Gleichheit“ entzogen und damit das Frauenblatt wieder zum „Parteiorgan“ gemacht habe.

Wie üblich bei solchen „Taten“ des Parteivorstandes, sind die am meisten Beteiligten, nämlich die Leserinnen der „Gleichheit“, um ihre Meinung nicht erst befragt worden, ebensowenig wie bei dem Hinanwurf der Genossin Zieg und bei der Auflösung des Frauenbüros. Der Parteivorstand mißbraucht jetzt seine Macht, um sogar eine Genossin Zettin vor die Türe zu setzen, und es finden sich zwei Menschen, deren Ehrgefühl ihnen erlaubt, an die Stelle einer Gemahregelten zu treten. Aber die Genossinnen Deutschlands sind eben durch die „Gleichheit“ viel zu gut erzogen, um sich einen Heinrich Schulz und eine Marie Juchacz an Stelle „ihrer“ Zettin gefallen zu lassen. Mit der am 25. Mai erscheinenden Nr. 17 ist die „Gleichheit“ die „Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen“ geworden.

Mit Trauer und Empörung sehen nicht nur die Sozialistinnen Deutschlands, nein, auch die aller Länder am Vorabend der internationalen Konferenz zu Stockholm diesen brutalen Gewaltakt des deutschen Parteivorstandes. Denn die „Gleichheit“ ist auf internationalen Kongressen als das Organ der Frauen aller Länder anerkannt und Clara Zettin zur internationalen Sekretärin gewählt worden. Schon deshalb werden es die Sozialistinnen allüberall als einen Schimpf empfinden, daß die „Gleichheit“ nun nicht mehr die Anschauungen vertreten wird, für die sie die Anerkennung der Frauen-Internationale auch während des Krieges sich bewahrt hat: unermüdlich und unerlöschend das Banner des internationalen Sozialismus immer und immer wieder aufzurollen, die Entschlossenen zu fügen, die Unentschlossenen zu rufen und zu sammeln!

Diesen beredeten Anwalt der proletarischen Internationale mundtot zu machen, ist allen Mächten des Krieges, Zensur und Belagerungszustand, endlosen Verböhen und durch Haft zu erreichen nicht gelungen. Aber der Parteivorstand hat diese lähne Tat vollbracht! Wie alle seine Taten ist auch dieser für den Augenblick unter dem Belagerungszustand „sieggekrönt“, doch was Genossin Zettin in siebenundzwanzigjähriger Tätigkeit in die Köpfe und Herzen der Proletarierinnen eingepflanzt hat, kann dieser Gewaltstreich nicht

vernichten. Die deutschen Genossinnen werden nur um so mehr und um so opferfreudiger ihren durch die „Gleichheit“ Clara Zetkin in ihnen erweckten und vertretenden Anschauungen treu bleiben. Heute kann die scheinbar Getötete den Genossinnen zurufen, was Freiligrath am 9. Mai 1849 als Abschiedswort der „Neuen Rheinischen Zeitung“ widmete, aus der Marx durch die Schergen der Reaktion verdrängt wurde:

Nun Ade — doch nicht für immer Ade!  
Denn sie töten den Geist nicht, ihr Brüder!  
Bald richt' ich mich rasselnd in die Höh',  
Bald lehr' ich reifiger wieder!

Der Genossin Zieg gingen folgende Briefe zu:  
Breslau, den 20. Mai 1917.

Liebe Genossin Zieg!

Nun ist auch meines Bleibens nicht länger in der Stelle, an der ich aushalten wollte, solange es möglich war. Wäre es nur nach meinem persönlichen Empfinden gegangen, so hätte ich längst mein Bündel geschwürt; nun habe ich aber alle Rücksichten beiseite geworfen. Als ich gestern von dem Hinauswurf der Genossin Zetkin las und auch davon erfuhr, daß die Frau Juchacz nun die Vertreterin im Parteivorstande sein soll, da sagte ich mir, daß ich das nicht mehr mitmachen könne, es hieße ja, sich an der Frauenbewegung verständigigen, wenn man eine solche Schiebung mitmachen würde. Sie werden verstehen, daß mir die Person der Frau ganz gleichgültig ist, hier handelt es sich um die Sache, aber immerhin, wer sich zu einer solchen Schiebung gebrauchen läßt, mit dem kann und will ich nicht zusammenarbeiten. Das werde ich, sobald eine Zuschrift von der Frau Z. an mich ergehen sollte, ihr und dem Parteivorstand mitteilen, sollen sie dann die Konsequenzen daraus ziehen. Am 1. Oktober oder früher werde ich dann zu den andern, die vorher hinausgeworfen wurden, mich gesellen.

Ich wäre Ihnen außerordentlich dankbar, wenn Sie Gelegenheit nehmen würden, den Genossinnen mitzuteilen, wie ich über den neuesten Streich des Parteivorstandes denke.

Mit freundlichem Gruß

Ihre Frieda Wulff.

Eine Kölner Genossin A. A., die Frau Juchacz und deren Fähigkeiten aus ihrer Kölner Tätigkeit kennt, schrieb an Genossin Zieg: „Also die Frau Juchacz Ihre Nachfolgerin im Parteivorstand und zugleich die von Genossin Zetkin? In unserer gesinnungstüchtigen Zeit kann man es natürlich zu was bringen, wenn man mit der nötigen Strupellostigkeit ausgerüstet ist.“

### Für die Gleichberechtigung der Frauen.

Die russische Liga für die Gleichberechtigung der Frauen hat folgende zwölf Leitsätze für die Notwendigkeit des Frauenwahlrechts aufgestellt:

1. Die Frauen bilden die Hälfte der gesamten Bevölkerung Rußlands.
2. Die Grundlage der politischen Freiheit besteht darin, daß alle, die sich den Gesetzen unterwerfen, an ihrer Ausarbeitung Anteil nehmen müssen.
3. Die konstituierende Versammlung muß den Willen des gesamten Volkes widerspiegeln.
4. Die konstituierende Versammlung kann den Willen des gesamten Volkes nicht zum Ausdruck bringen, wenn eine Hälfte der Bevölkerung in ihr nicht vertreten ist.
5. Sämtliche Gesetze betreffen die Frauen ebenso wie die Männer und einige Gesetze ausschließlich die Frauen; wie können sie also ohne ihre Anteilnahme erlassen werden?
6. Die Gesetzgebung über die Kinder berührt die Frauen nicht weniger wie die Männer.
7. In den Fragen der Familiengesetzgebung ist die Jahrhunderte alte Erfahrung der Frauen wertvoll.
8. Nur eine freie Staatsbürgerin kann die Mutter freier Bürger sein.
9. Der Frau das Wahlrecht vorenthalten — heißt die Hälfte Rußlands ihres grundlegendsten Rechtes berauben.
10. Alle Einwendungen gegen das Frauenwahlrecht stützen sich auf das Gefühl und nicht auf die gesunde Vernunft.
11. In allen Ländern, in denen die Frauen bereits das Wahlrecht besitzen und in den Parlamenten vertreten sind, halten sie das Banner der Freiheit und der Gerechtigkeit hoch.
12. Aus allem Dargelegten ist ersichtlich, daß das Frauenwahlrecht ein Bestandteil des Allgemeinwohles ist.

Die russische Liga für die Gleichberechtigung der Frauen ist eine bürgerliche Vereinigung. Ihre Leitsätze enthalten deshalb eine Anzahl Argumente nicht, die von den proletarischen Frauen zur Durchsetzung ihrer Forderungen angeführt werden. Trotz dieser Lüdenhaftigkeit spiegeln die Leitsätze die Stimmung breiter Kreise der russischen Frauenwelt wider, die lebhaften Anteil an der inneren Reformarbeit nehmen und alle Aussicht haben, im neuen Rußland ein

Maß von politischer Freiheit zu erringen, das den Frauen Westeuropas noch heute als sicher unerreichbares Ideal vorjuchet.

### Vereins-Veranstaltungen.

Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 27. Mai, vorm. 10½ Uhr, Kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag von Herrn Dr. Bruno Wille: Stoff, Kraft und Geist. Gäste willkommen.

Arbeiter-Nachb.-Verein „Groß-Berlin“.

1. Pfingstfeiertag nach Eichwalde (Witte).

### Genossinnen und Genossen!

Werbt für Euer Mitteilungsblatt! Sorgt für seine weite Verbreitung! Schickt das Mitteilungsblatt ins Feld, damit unsere Genossen, die draußen schwere Pflichten erfüllen, sich über die Parteivorgänge, insbesondere über die Groß-Berliner, unterrichten können.

Der „Vorwärts“ ist nicht mehr das Organ der Berliner Arbeiterschaft und der Berliner Parteigenossen; er hat diesen Anspruch längst verwirkt. Das beweist er selber tagtäglich.

Leht andere Parteiblätter an seiner Stelle, insbesondere unser „Mitteilungsblatt“!

### Quittung.

4. Kreis. Für den Pressefonds: Auf Listen.  
1291 8,85, 1992 0,50, 1293 1,—, 1297 7,50, 1298 4,75, 1307 14,05, 1609 8,30, 1645 16,50, 1651 4,—, 1665 23,65, 1666 2,95, 1832 35,—, 1883 6,50, 1884 16,05, 2194 4,20, 2195 33,50, 2161 14,65, Kollegen der Firma Liebe, Weissensee 2167 und 68 35,10, 2215 40,40, 2217 5,70, 2235 50,50, 2439 4,50, 2481 15,05, 2482 7,50, 2641 6,50, 2646 8,65, 2654 8,05, Kollegen der Firma Schuchardt & Schütte, Neuföhlen 2664 14,50, 2665 12,—, 2721 10,50, 2722 25,—, 2723 18,50, 2726 7,50, 2733 5,—, 2733 12,—, 2801 14,50, 2802 3,—, 2803 3,—, Wienerstr. 50 Mitteilungsblatt-Überchuß 10,—, ein Feldgrauer 10,—.

Für die Partei: Böhme 2,—, ein Feldgrauer 5,—, grauer 3,—, ein Feldgrauer 2,—, von den Bezirken grauer 3,—, ein Feldgrauer 2,—, von den Bezirken 316 und 317 aus der Sechserkassette 15,—.

6. Kreis. Für den Pressefonds:  
Gesammelt vom Bezirk 811 der 8. Abtl. . . . . 4,80 Mk.  
Überchuß des Mitteilungsblattes der 8. Abtl. . . . . 60,—  
Sitzungsgelder der 8. Abteilung . . . . . 5,—  
Gesammelt von der 1. Abteilung . . . . . 33,35  
Gesammelt von der 21. Abteilung . . . . . 35,—  
Im Felde von Feldgrauen gesammelt . . . . . 14,—  
Von Gen. Gr. . . . . 14,—  
Zellerfassung der Versammlung am  
15. 5. 17 im Bayenhofer Moabit . . . . . 12,10  
Auf Liste Nr. 5111 . . . . . 215,—  
Auf Liste Nr. 4758 . . . . . 40,—  
Zusammen 422,25 Mk.

### Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

#### 4. Wahlkreis.

Am 6. Mai fiel im Alter von 19 Jahren der Berggolder

#### Erich Müller

Ratiborstr. 16, Bezirk 208 II.

Am 30. April fiel im Alter von 28 Jahren der Arbeiter

#### Karl Strehl

Oppelnerstr. 24, Bezirk 194.

#### 6. Wahlkreis.

Am 12. Mai fiel durch Herzschuß der 37 Jahre alte Chemigraph

#### Karl Hendel

Ufedomstr. 18, 9. Abt.

Am 16. April fiel durch Kopf- und Brustschuß der 39 jährige Gastwirt

#### Wilhelm Steinicke

Bernauer Str. 84, 9. Abt., Bez. 609.

Am 9. Mai ist unser Genosse

#### Georg Walter

Bezirk 817, 18. Abt.

im Westen gefallen.

### Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim. Bezirk Biesdorf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der 38 jährige Genosse

#### Friedrich Pysper

am 8. Mai im Feldlazarett verstorben ist

#### Wahlverein Henkölle.

Am 10. Mai 1917 fiel unser Genosse, der Stein-drucker

#### August Fenselan

Hermannstr. 26, 24. Bezirk.

Ehre ihrem Andenken!

2 Mk. von Oskar Gutekunst; 3 Mk. von Burgardt und Frau; 5 Mk. aus Warschau.

Für Parteizwecke Schreiber, 2. Kreis, 3. Abteilung 5 Mk.

An die Zentralkasse abgeführt 7,30 Mk. durch Stamm.

### Achtung!

Gebundene Exemplare des Mitteilungsblattes für den Jahrgang 1916/17 werden im Verbandsbüro, Lindenstraße 3, zum Preise von 3 Mark in beschränkter Zahl abgegeben.

Die herzlichsten Glückwünsche dem Genossen  
**Franz Engelmann nebst Frau**  
zur Silberhochzeit senden nachträglich  
Die Genossen der 33. Abt. des 4. Kreises.

## Buchdruckerei Maurer & Dimmick

SO 16, Köpenicker Strasse 36/38.

Anfertigung von:

Zeitschriften — Statuten — Quittungsmarken — Billets —

Mitgliedsbüchern — Programmen

sowie sämtlichen Drucksachen.

### Nachruf.

#### 1. Wahlkreis.

Am 6. Mai verstarb unser Genosse, der Hausdiener

#### Robert Christian

Anklamerstr. 62.

#### 4. Wahlkreis.

Im April verstarb im Alter von 39 Jahren der Gutmacher

#### Gustav Feuer

Eldenaerstr. 27, Bezirk 857.

Am 9. Mai verstarb unser Genosse, der Klempner

#### Erich Loebe

Straußberger Str. 4, Bezirk 274.

Am 21. Mai verstarb unser Genosse, der Klempner

#### Otto Gerigh

Warschauer Str. 62, Bezirk 328.

Am 16. Mai verstarb unser Genosse, der Bauarbeiter

#### Karl Guhle

Wiener Str. 21, Bezirk 198 II.

Am 20. Mai verstarb unsere Genossin

#### Hedwig Belger

Grünauerstr. 17, Bezirk 200 I.

#### 6. Wahlkreis.

Am Mittwoch, den 16. Mai, verstarb unser Genosse und Bezirksführer, der Schuhmacher

#### Paul Claus

Spenerstr. 7, 13. Abt., Bez. 669.

Am Sonnabend, den 12. Mai, verstarb unser Genosse, der Dreher

#### Ernst Haase

Seestr. 114, 22. Abt., Bez. 714.

Am Sonntag, den 13. Mai, verstarb unser langjähriges Mitglied und Genosse, der Maurer

#### August Lehmann

Bellermannstr. 12, 18. Abt., Bez. 818.

#### Wahlverein Charlottenburg.

Am Sonnabend, den 19. Mai, verstarb an Herzschlag unser Genosse

#### Otto Kirschbach

Rommersstr. 40, 7. Gruppe.

#### Wahlverein Schöneberg.

Am 12. Mai verstarb unser Mitglied, der Lagerhalter

#### Otto Reich.

Ehre ihrem Andenken!

# Der Prozeß gegen Dr. Friedrich Adler in Wien.

Wegen Tötung des österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh wurde Friedrich Adler zum Tode durch den Strang verurteilt.

Der Prozeß gegen Dr. Friedrich Adler wegen Erschießung des österreichischen Ministerpräsidenten hat am 18. und 19. Mai stattgefunden. Die Verhandlungen lassen einen Einblick in das Milieu Oesterreichs und die Motive Adlers. Wir geben den Verhandlungsbericht wieder, wie ihn das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht hat:

Mit bewährter Sicherheit gibt Adler seine Personalien an: Er ist 1879 in Wien geboren, ohne Glaubensbekenntnis, verheiratet und erklärt auf die Frage nach seinem Beruf: Ich bin Sekretär der sozialdemokratischen Partei und Redakteur der sozialdemokratischen Monatschrift „Der Kampf“. Bevor die Anklage verlesen wird, beantragt der Verteidiger Dr. H a r p u e r, daß das Gericht sich als unzuständig erkläre und die Strafsache an das Schwurgericht abtrete. In seiner Begründung führt der Verteidiger aus, daß nach dem Staatsgrundgesetz die Schwurgerichte nur für die Dauer eines Jahres aufgehoben werden können; eine Verlängerung der Aufhebung, wie sie seitdem dreimal durch kaiserliche Verordnung erfolgt ist, sei ungesetzlich. Der Gerichtshof wies diesen Antrag ab, worauf die Verlesung der Anklage erfolgte. Darauf begann das Verhör.

Präsident: Bekennen Sie sich schuldig?

Angeschuldigter: Ich sehe mich in erster Linie gezwungen, die Legenden, die sich seit meiner Verhaftung um meine Person gebildet haben, zu bekämpfen. Mir war es schon vor dem Attentat vollständig klar, man würde zuerst sagen, daß ich diese Tat aus Unzurechnungsfähigkeit begangen habe, daß alle Menschen in Oesterreich ohne Ausnahme glauben werden, daß nur ein Irnsinniger so etwas tun könne, und daß die ganze Bevölkerung mit dem Regime des Grafen Stürgkh vollständig einverstanden ist. Die Situation hat sich aber dann, als Körper kam, schon nach acht Tagen sehr geändert, und alle Zeitungen haben dann geschrieben, daß das Regime Stürgkh nicht mehr auszuhalten gewesen ist. Der Stimmungsumschwung in der Presse war direkt frappierend, und es ist schon ein gewisses Verständnis zum Ausdruck gekommen, daß es nicht ein Irnsinniger gewesen sein muß, der sich mit den österreichischen Verhältnissen nicht einverstanden erklärt hat. Ich habe aber im Laufe der Untersuchung einen starken Kampf zu führen gehabt, um diese meine Zurechnungsfähigkeit zu beweisen. Bald nach Einlieferung in die Zelle war ich Gegenstand einer längeren Untersuchung durch die Gerichtspsychiater, und diese Herren sind zu der selbstverständlichen Ueberzeugung gekommen, daß meine Zurechnungsfähigkeit außer jedem Zweifel steht. (Mit erhobener Stimme:) Trotzdem habe ich es nicht verhindern können, daß mein Verteidiger, der das als seine Amtspflicht betrachtete, dieses Moment noch weiter ausgenützt, daß er gegen die erste Anklage Einspruch erhoben und ein Fakultätsgutachten verlangt hat. Ich habe ihm zugestimmt, weil ich wußte, daß ich über dieses Fakultätsgutachten ja nicht hinwegkommen kann und weil es mir lieber ist, heute schon hier vor Gericht zu stehen im Besitze des Fakultätsgutachtens, als daß mein Verteidiger erst hier Gelegenheit nimmt, ein solches zu fordern. Aber ich bin vollständig klar darüber, daß dieser Kampf um meine Zurechnungsfähigkeit auch jetzt noch nicht erledigt ist, und darum möchte ich von allem Anfang an erklären, daß ich keine Verantwortung für das zu übernehmen gewillt bin, was mein Herr Verteidiger ohne und gegen meinen Willen zu tun sich entschließen sollte (Weiterkeit).

Der Herr Verteidiger hat seinem Amte gemäß die Pflicht, für die Erhaltung meines Lebens zu sorgen; ich aber habe die Pflicht hier für meine Ueberzeugung einzutreten. Und so erkläre ich zu Beginn meiner Verantwortung: Ob während des Krieges in Oesterreich ein Reich mehr oder weniger aufgehoben wird, hat keine Bedeutung. (Bewegung.)

Ich erkläre: Ich habe diese Tat nicht in Verwirrung vollbracht, sondern in klarer Ueberzeugung. Ich habe sie durch eineinhalb Jahre nach allen Richtungen und Konsequenzen überdacht. Es ist also nicht eine Tat, die aus dem Augenblicke geboren wurde, sondern eine ganz klar überlegte Tat. Ich habe sie vollbracht in dem vollkommen klaren Bewußtsein, daß damit mein Leben abgeschlossen ist. Wie ich dieses Haus hier betreten habe, war ich überzeugt, daß ich es nicht mehr lebendig verlassen werde. Ich war überzeugt, daß es nur ein Ende geben kann, und daß der Gerichtshof, vor dem ich hier stehe, kein anderes Urteil fällen kann, als: zum Tode durch den Strang. So viel Sie auch von mir zu hören haben werden, so bin ich auch heute überzeugt, daß ich kein Wort sagen will, das die Bestimmung hätte, Sie von diesem Urteile abzubringen, um so mehr, als Sie als Ausnahmegericht rücheln. Ich bin überzeugt, wenn auf diesen Bänken (geschworene sitzen würden, daß dann vielleicht doch die Möglichkeit vorhanden wäre, daß ich mit einem anderen Urteil davon kommen könnte. Ich überschätze ja keineswegs die Institution der Schwurgerichte, aber ich halte es doch für möglich, daß das natürliche Rechtsbewußtsein des Volkes hier zum Ausdruck kommen könnte, während Sie zu dem Zwecke eingesetzt sind, damit nicht nach Empfinden und Gewissen geurteilt werde, sondern nach dem harten Buchstaben des unempfindlichen sogenannten Gesetzes. Ich gebe mich auch keiner Täuschung darüber hin und es fällt mir in keiner Weise ein, irgendwie versuchen zu wollen, dieses Urteil zu erschüttern, sondern im Gegenteil, ich werde alles tun, um klar zu machen, daß ein anderes Urteil nicht kommen kann.

Ich möchte nun auf jene Stillübung der Staatsanwaltschaft (nachend), die man früher als Anklageschrift mir verlesen hat, eingehen. Als man mir das Papier zum erstenmal vorlas, im November, mußte

ich direkt herauslachen bei der Stelle: die Verwerflichkeit des Mordes als politisches Kampfmittel kann in einem geordneten Staatswesen nicht Gegenstand der Erörterung sein. Das hat sich der Herr Staatsanwalt außerordentlich leicht gemacht; er geht über das Problem in dem Maße hinweg, indem er einfach sagt: in einem geordneten Staatswesen. Die Voraussetzung hat er aber nicht erfüllt, auch zu prüfen, ob wir in einem geordneten Staatswesen leben, und so bekommt die ganze Frage einen anderen Charakter. Für mich fragt es sich vor allem, ob ich die moralische Rechtfertigung besitze, den Mord als politisches Kampfmittel zu verwenden. Ich kann ja das ganze Problem der Anarchie hier nicht aufrollen, ich möchte jetzt nur den Punkt hervorheben, der für mich und für meine Tat zur Begründung dienen kann. Schon der Prozeß, der sich hier zufälligerweise um meine Person dreht, beweist mir, daß jede Gewalttat gegen die Herrschenden in Oesterreich gerechtfertigt ist. Schon dieser Prozeß ist für mich eine moralische Rechtfertigung und ich möchte darauf aufmerksam machen, daß es gerade die Justiz ist, der Zustand der Justiz in Oesterreich, der seit Kriegsbeginn mich auf das empfindlichste gedrückt hat. Gerade die Justiz löste in mir immer das Gefühl der verletzten Ehre, das Gefühl der Schande aus, ein Oesterreicher zu sein. Ich werde Ihnen zeigen, daß das Ministerium Stürgkh-Dobner bereits am 25. Juli 1914, also noch vor der Kriegserklärung, wenn auch schon nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen, mit der Verordnung über die Aufhebung der Schwurgerichte die Verfassung verletzt und einen Staatsstreich schon damals begonnen hat. Der Kampf zwischen Demokratie und Absolutismus ging ja stets in erster Reihe um unser Schwurgericht, das unsere Väter sich im Jahre 1848 in blutigen Kämpfen errungen haben. Ich will gleich erklären, daß ich in diesem Gerichtshof keinen Gerichtshof, sondern sechs Herren erblicke, die sich entschlossen haben, das Verfahren gegen mich durchzuführen, das mit meinem Tode enden wird, daß Sie sich das anmaßen, trotzdem Sie wissen, daß Sie es gegen das Gesetz tun, und wenn ich vor Ihnen spreche, dürfen Sie es nicht so deuten, als ob ich Sie anerkennen würde oder damit ein irgendwie geartetes Gesetz anerkenne. Ich füge mich nur der Gewalt, weil der Soldat bewaffnet ist, der mich begleitet, und Sie noch mehr Bewaffnete hereinrufen können. Ich füge mich als reines Opfer der Gewalt. Ich erkläre, daß ich in diesem Gerichtshof keine Rechtsinstitution erkenne, sondern nur ein Organ verbrecherischer ...

Präsident (unterbrechend): Ich muß Sie jetzt doch unterbrechen. Ich habe Ihnen den weitesten Spielraum zu Ihren Ausführungen gelassen, aber es ist undenkbar, daß Sie so weitersprechen. Ich muß Sie bitten, sich jene Maßigung aufzuerlegen, die ich unter jeden Umständen aufrechtzuerhalten wünsche. In der Sache selbst werde ich Sie sprechen lassen; persönliche Anwürfe rüge ich jetzt nicht, aber ich bitte, unterlassen Sie sie. Sprechen Sie über die Tat und begründen Sie sie, aber bitte, sprechen Sie zum Gerichtshof und nicht zum Richter hinaus!

Angeschuldigter: Ich habe die Kompetenzfrage in Erörterung gezogen, nicht um die Herren persönlich zu verletzen, sondern, weil sie von wesentlichem Belang für meine Verantwortung ist, die vor allem dahin geht, daß Sie nicht kompetent sind, über mich zu urteilen. Nun komme ich zum zweiten wesentlichen Punkt: Graf Stürgkh hat nicht nur zu Beginn des Krieges das Volksgericht beseitigt, sondern auch den Staatsgerichtshof, vor den er gestellt werden konnte. Die Volksrichter hat er beseitigt, aber die Staatsanwaltschaft ließ er bestehen. Die Volksanwaltschaft aber, seine Anklagebehörde, das Parlament, hat er abgeschafft. Damit hat er das Staatsgrundgesetz verletzt. Er hat sich selbst seinen Richtern entzogen und es ihnen unmöglich gemacht, seine Verantwortlichkeit festzustellen. Noch am letzten Tage, bevor er gefallen ist, hat er sich geweigert, sich in eine Diskussion über den Zusammenritt des Reichsrates einzulassen. Der Präsident des Abgeordnetenhauses, Dr. Sylvester, hat für den 23. Oktober eine Konferenz einberufen über den Zusammenritt des Reichsrates. Da hat Graf Stürgkh durch eine tschechische Korrespondenz verbreiten lassen, es falle ihm nicht ein, hinzugehen. Für ihn gebe es keine Instanz, die ihn zwingen könnte, das Parlament einzuberufen. So waren die Hände in Oesterreich. Die sogenannten Staatsbürger sagten: „Aus geht's nichts an“; die Beamten und Behörden erklärten: „Wir sind nicht kompetent“ und die einzigen, die verantwortlich waren, konnten nicht zur Verantwortung gezogen werden, weil es kein Parlament gab. Deshalb beschloß ich, den Ministerpräsidenten auf jenem Boden zur Rechenschaft zu ziehen, auf den er sich selbst gestellt hat. Mit den Paragraphen-14-Verordnungen, die am 25. Juli 1914 ergingen, hat das Ministerium die Verfassung zertrüßert und sich vom Gesetze entfernt. Es blieb kein anderer Weg als der der Gewalt. Es ist also die Frage zu stellen, ob ich dazu berechtigt bin. Berechtigt ist, meiner Ansicht nach, wenn das Gesetz zertrüßert ist, jeder Staatsbürger sich sein Recht zu verschaffen auf Grund des Notstandes, den die Regierung geschaffen hat. Ja, der Staatsbürger hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht dazu in dem Augenblicke, wo alle Instanzen verfallen. Es ist nur die Frage, ob es zweckdienlich ist, nach der Methode vorzugehen, nach der ich vorgehe. Der Staatsanwalt glaubt, das Vaterlandsgesühl, das mit den Menschen geboren wird, sei mir auf der Reise verloren gegangen wie ein Regenschirm. Ich werde nicht sagen, daß ich ein Patriot bin; ich habe nie daran gedacht. Daß es mit dem Patriotismus in Oesterreich seine eigene Bewandnis hat, geht aus der Struktur dieses Staates hervor. Das Bürgertum war vor dem Kriege national, je nach seiner Zugehörigkeit, aber nicht patriotisch.

Der Angeklagte fuhr dann fort: Ich will Ihnen nun einen Begriff von der Welt geben, in der ich gelebt habe, einer Welt, die sie wohl kaum kennen. Ich bitte Sie, sich für einen Augenblick auf meinen Standpunkt zu stellen. Solange ich politisch denke, habe ich

meine Hoffnungen gesetzt auf den Klassenkampf. Ich kann versichern, daß der Staatsanwalt heute für realpolitisch ansieht nur den Völkerkampf, und weil ich doch auch an die Internationalität des Proletariats glaube, werde ich dem Meerhaufen der Entente zugehört. Ich, der Sozialist, sehe die Welt nur geteilt in Oben und Unten, in Herren und Beherrschte, nicht in Ost und West. Ich habe den Wechsel: im Frieden Standpunkt des Klassenkampfes, im Krieg Standpunkt des Völkerkampfes eben nicht mitgemacht, und ich behaupte, daß mein Standpunkt der höhere ist.

Ich war nicht so naiv, zu glauben, daß ich durch meine Tat den Absolutismus beseitigen und den Frieden bringen werde, aber ich stehe auf dem Standpunkte des Klassenkampfes. Und wenn ich auch nicht den Kampf auslösen konnte, so wollte ich doch wieder die psychologischen Voraussetzungen einer Revolution schaffen, die Massen wieder zwingen, Stellung zum Problem der Gewalt zu nehmen. Ich habe ein Bekenntnis zur Gewalt abgelegt. Kein Kenner und kein Zeig wird sich mehr trauen, zu den Arbeitern zu sagen: „Die Gewalt ist unmöglich.“ Die alte revolutionäre Sozialdemokratie kann wieder auferstehen.

Um 2 Uhr nachmittags wird die Verhandlung unterbrochen. Nach der zweifundigen Pause setzt der Angeklagte seine zusammenhängende Darstellung fort.

In eingehender Weise legte er dar, wie es kam, daß er zur Parteilassung in Wien kam. Er führte aus: Die Partei hatte die Väter ihrer Gegner angenommen, insbesondere der Parteivorstand, der sich bis in die letzte Zeit als eine Instanz für die Konterrevolution betrachtete. Es wurde schließlich meine Ueberzeugung, daß eine Revolution überhaupt nicht anders zustande kommen könnte, als gegen diesen Parteivorstand. Niemals hatte sich die Partei mit dem Gedanken befaßt: Wie wäre einmal mit Gewalt vorzugehen? Immer nur war es ihr Ziel, dabinzuwirken, daß Gewalt und alle Unruhen vermieden wurden. Diesen Treibereien gegenüber wollte ich den Arbeitern zeigen, wie es gegen den Parteivorstand zu einer revolutionären Umgestaltung und zu einem Gewaltstreik gegen den Absolutismus kommen kann. Ich war nicht der kindlichen Ueberzeugung, daß nun nach diesem Gewaltstreik eines einzelnen Individuums der Absolutismus beseitigt sein werde. Ich bin kein Anarchist, ich stehe auf dem Standpunkt der Notwendigkeit des Massenkampfes, der, wenn er nicht zum Ziele führt, durch Gewalt unterstützt werden muß. Was ich durch meine Tat schaffen wollte, war nichts anderes als die psychologische Voraussetzung für den künftigen Massenkampf und die Verfassung einer geeigneten Disposition. Ich wollte, daß die Leute endlich einmal Stellung nehmen zu der Frage: „Ist Gewalt möglich.“

Der Angeklagte kam darauf auf die Zensur zu sprechen und erzählte: „Ein Herr hat mir einen Erlaß gezeigt, in dem gestanden ist: wenn es noch einmal vorkommen sollte, daß ein Armeebefehl erst auf der zweiten Seite erscheint, wird das Blatt eingestellt. In einem Falle hat die Polizei den Chef eines sozialdemokratischen Blattes zu sich kommen lassen und ihm gesagt: „Wir sind bereit, Ihnen Artikel zu liefern, die schon im sozialistischen Sinn gehalten sind. Sie brauchen sie nur aufzunehmen.“ Das ist eine Situation, die der Würde des Journalisten ins Gesicht schlägt. Die Zeitung mußte die Artikel abdrucken, wenn sie nicht eingestellt werden sollte. Man fühlte sich unter dem ständigen Druck der Erpressung, der vom Ministerium Stürgkh ausging. Eines Tages wurde befohlen, auf einem sozialdemokratischen Parteihaus in Böhmen schwarze gelbe Fahnen auszustrecken. Ich ging mit dem Abgeordneten Hildebrandt zum Statthalter, wo wir erfuhren, der Auftrag müsse eingehalten werden, er komme direkt aus Wien und gelte nur für Böhmen.

Oesterreich war zweieinhalb Jahre von der Welt abgeschnitten. Sogar Rußland und China hatten ihr Parlament, Oesterreich war der einzige Staat, der keine Volksvertretung hatte. Das mußte für jeden, der einen Funken demokratischen Gefühls sich bewahrt hat, entsetzlich sein. Graf Stürgkh war ein eiserner Gegner des Parlaments und des allgemeinen Wahlrechts. Er hat den Kaiser von der Bevölkerung abgesperrt. Nach dem Attentat wurde in ganz Oesterreich gesagt, es sei ein unerträglicher Zustand gewesen und es habe eine Umwälzung kommen müssen. Das Attentat war nicht nur gegen Stürgkh, sondern gegen die österreichische Moral gerichtet. Ich möchte noch sagen, daß ich Stürgkh als Gegner in gewissem Sinne geachtet habe. Stürgkh wollte nicht fortwursteln, wie Graf Taaffe, sondern mit klarer Ueberzeugung und fester Hand Oesterreich in einen absolutistischen Staat verwandeln. Er war ein Mann, der sich auf den Boden der Gewalt stellte und den man nur mit Gewalt wegbringen konnte.

Auf Befragen des Präsidenten teilt Adler mit: „Der erste Gedanke, ein Attentat zu verüben, ist mir gekommen, als ich im März 1915 zum Militär einrückte. Da stand ich auf einmal vor dem Problem, daß ich ein Gewehr hatte und auf Menschen schießen sollte. Da kam mir der Gedanke: Wenn es zum Schießen kommt, werde ich auf den Feind im Innern, der mir näher steht, schießen. Positive Gewalt nahm der Attentatsplan infolge der Zensurmaßnahmen an.“

Präsident: Haben Sie nicht an Ihre Eltern, Frau und Kinder gedacht?

Adler: „Solche Gedanken können für mich nicht hemmend sein. Daß geschichtliche Taten nur von Minderlosen verübt werden dürfen, liegt für mich außerhalb einer Diskussion.“

Wenn Frau und Kinder auch unter den Näheren bleiben, so gehört das eben zum Kampf um ein große Idee.

Es war mir zum Beispiel immer selbstverständlich, daß mein Vater sein Vermögen für Parteizwecke geopfert hat.“

Auf eine Frage des Staatsanwaltes sagte Adler: „Ich wollte durch meine Tat nicht ein lokales Interesse hervorrufen, sondern ich wollte, daß die Welt dadurch erfahre, welche Zustände in Oesterreich herrschen. Die Tat sollte dem Auslande nicht verheimlicht werden können. Die Tat sollte dem Kaiser nicht verschwiegen werden, wie vieles andere verschwiegen wurde. Die Tat sollte die Schranken zum Ausland und zum Kaiser durchbrechen.“

Staatsanwalt: „Sie haben früher noch andere Namen genannt, die für das Attentat in Betracht kommen.“

Angeklagter: „Jawohl, den Justizminister Hohenburger und den ungarischen Ministerpräsidenten Tisza. Den Tisza deshalb, weil man damals in Oesterreich geglaubt hat: Tisza ist der Diktator von Oesterreich. Das war ja schließlich auch meine Ueberzeugung. Ihn zu wählen, davon bin ich aber deshalb abgekommen, weil man die Tat als Unabhängigkeitsbestrebungen Oesterreichs hätte mißdeuten können.“

Verteidiger: „Denken Sie nicht etwa, daß ich gegen Ihre Zurechnungsfähigkeit auftreten will und beantworten Sie auch meine Fragen mit derselben Offenheit: Haben Sie Ihren Vater geliebt?“

Angeklagter: „Niemandem im Leben stand ich so nahe. In meinen Briefen habe ich immer geschrieben: Ich liebe ihn nicht deshalb, weil er mein Freund ist, sondern ich liebe ihn als den vorbildlichen Menschen in der Partei. Er und meine Frau waren mit die nächsten Menschen in bezug auf meine Ideen.“

Verteidiger: „Sie hängen nicht am Leben?“

Angeklagter: „War nicht!“

Aber meine Situation war doch niemals so, daß ich mein Leben wegwerfen wollte. Dann erzählte der Angeklagte, das erste Theaterstück, das er als Knabe gesehen habe, sei „Wilhelm Tell“ gewesen. Er habe damals sofort den Eindruck gehabt, daß man berechtigt sei, einen überreichlichen Bogt zu töten.

Es werden darauf mehrere Zeugen der Tat vernommen. Dann erscheint der Vater des Angeklagten, Dr. Viktor Adler, als Zeuge, und gibt an: „Friedrich war als Kind gesund, aber sehr schwächlich. Er hatte immer die Sorge, daß seine Nerven nicht fest sind. Er war immer außerordentlich fleißig, doch zeigte er stets eine Uebertreibung seines Willens. Er war unausgezehrt mit ersten Arbeiten beschäftigt und suchte mit Freunden ganze Nächte hindurch wissenschaftliche Diskussionen. Er war leidenschaftlich in der Arbeit und ich fürchtete immer einen Zusammenbruch seiner Kraft.“ Der Zeuge spricht dann von der Zeit, als sein Sohn aus der Schweiz nach Oesterreich zurückkehrte und sich mit höchstem Eifer in den Dienst der sozialdemokratischen Partei stellte. Er habe infolge Ueberanstrengungen wiederholt Herzaffektionen erlitten, die wohl in nervösen Zittern ihren Grund hatten. Nachdem der Krieg ausgebrochen war, nahm mein Sohn gewissermaßen eine Sonderstellung ein, doch wurde unser persönliches Verhältnis niemals getrübt.

Viktor Adler kommt darauf auf die politischen Vorgänge vor dem Attentat zu sprechen und führt aus: „Wir haben als Abgeordnete während des Krieges unsere Pflicht getan, im Verein mit den Behörden. Wir haben die Not zu lindern versucht, und dadurch vielfach Einbild in die Zustände erhalten und wir haben uns damals an das Wort erinnert: Wer bei gewissen Dingen nicht den Verstand verliert, der hat keinen. Das waren Zustände, in denen wir gelebt haben, das waren Dinge, über die ich mit meinem Sohn gesprochen habe.“

Verteidiger: „Haben Sie eine besondere Erregung bei Ihrem Sohn bemerkt?“

Viktor Adler: „Mein Sohn war in der letzten Zeit besonders erregt.“

Verteidiger: „Hat Ihr Sohn im Leben grausame Züge gezeigt?“

Viktor Adler: „Im Gegenteil. Er war das zartfühlendste Kind gegen seine Eltern, und wenn er jetzt ... ich habe es ja gar nicht glauben können, daß mein Sohn solcher Exzesse ...“ (Der Zeuge stockt in höchster Erregung).

Präsident: „Hat Ihr Verhältnis zu Ihrem Sohn durch die politischen Meinungsverschiedenheiten gelitten?“

Viktor Adler (zu seinem Sohne blickend): „Mein Herr Präsident. Niemals! Was haben wir uns für Dinge gesagt! Aber unsere persönlichen Beziehungen sind immer die gleichen geblieben.“

Die Verhandlung wurde in später Abendstunde vertagt.

Nach den Plaidoyers des Staatsanwaltes und des Verteidigers erbat sich

der Angeklagte Adler noch einmal das Wort und sagte: „Ich bin mir bewußt, heute zum letztenmal zu sprechen, und deshalb möchte ich die Motive, die mich leiteten, in ein paar Sätzen darlegen und aufklären, wieso es kam, daß ich hier auf diesem Platz gekommen bin und wie ich von meinem moralischen Standpunkt meine Tat auffasse. Wenn man verstehen will, was in mir vorgegangen ist, dann muß man sich dessen bewußt sein, daß ich nicht der Antipatriot bin, als der ich hingestellt wurde, sondern daß ich unter dem Einfluß einer Rötigung gehandelt habe. Die Rötigung ergab sich daraus, daß ich mich von diesem Oesterreich nicht losmachen konnte, daß ich nicht von der Partei loskommen konnte, obzwar ich materiell nicht an sie gefesselt war. Meine Tragödie ist darin begründet, daß ich nicht loskommen konnte von der österreichischen Sozialdemokratie, nicht von der gesamten sozialistischen Bewegung. Ich will klarlegen, daß die Frage des Mordes für mich eine wirklich moralische Frage war. Ich bin ein Gegner jeglichen Mordes, und deshalb war es keine leichte Sache für mich. Ich war immer der Meinung, daß das Töten eines Menschen

etwas Untermenschliches ist; ich war mir aber auch darüber klar, daß wir in einer Zeit der Barbarei leben, daß wir gezwungen sind, Menschen zu töten. Der Krieg ist nach meiner Auffassung etwas Untermenschliches, ebenso die Revolution, weil auch in ihr getötet wird. Wir verabscheuen aber den Mord, den gewaltsamen Tod. Unsere sittliche Aufgabe ist es, nach dem Wort von Marx zu arbeiten, um eine neue Gesellschaft zu schaffen, die nach innen kein anderes Ziel kennt, als die Arbeit, nach außen aber nur den Frieden.“

Zwei Lebensanschauungen ringen zurzeit um Geltung in der Welt. Die eine offenbart sich in der großen Lehre des Christentums: „Du sollst nicht töten!“ Diese Lehre wird vertreten von den wahren Repräsentanten des Christentums, nicht von jenen, die es schänden; sie wird vertreten vom Papst, der diesen Grundsatz auch im Kriege hochgehalten hat, und von Tolstoi.

Ich weiß, welches Urteil meiner harret. Ich werde aus diesem Saale gehen nach dem Urteil, in dem Geiste unserer alten Hymne, die für mich nicht Worte sind, sondern Evangelium: „Nicht zählen wir die Feinde, nicht die Gefahren all, und wär's zum Tod, denn unsre Fahne ist rot.“ Ich weiß nicht, ob ich bald sterbe, oder ob das Schicksal mich zum endlosen Vegetieren verurteilt. Aber wenn es ernst wird mit dem Sterben, dann habe ich nur den einen Wunsch, daß ich meine Nerven und meine Sinne so zusammenhalte bis zum letzten Augenblick, wie ich sie bisher zusammen gehalten habe, damit dann auch von mir jene Worte gesagt werden können: „Auf seinen Lippen den Trost und den Hohn, und noch im Sterben rief er: Rebellion! So ist er mit Ehren erlegen!“

Tiefbewegt sagte Dr. Adler weiter: „Und wenn ich jetzt Abschied nehme von allen, die mich geliebt haben, und deren Liebe mein Glück gewesen ist, von allen Freunden und Kampfgenossen in allen Teilen der Welt, dann erinnere ich sie zum Abschied und Trost an die Tiefe und Reinheit des Otergebotes: Nicht alle sind tot, die begraben sind, denn sie töten den Geist nicht!“

Der Gerichtshof zog sich hierauf zur Urteilsfällung zurück. Nach 1 1/2 stündiger Beratung erließen er wieder und der Präsident verkündete das bereits veröffentlichte Urteil.

In der Begründung des Urteils wird ausgeführt: Der Gerichtshof sieht auf dem Standpunkt, daß nach dem Geständnis des Angeklagten, nach den Zeugenangaben und nach dem Fakultätsgutachten der Angeklagte schuldig ist, und daß die Tat die eines Fanatikers ist. Was das Motiv anbelangt, so hat der Gerichtshof die von dem Angeklagten vorgebrachte Motivierung als richtig angenommen. Das Fakultätsgutachten hat nach der Auffassung des Gerichtshofes keinen Zweifel über die Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten aufkommen lassen. Die Einwendungen des Verteidigers sind auch von der Fakultät eingehend geprüft worden, doch ist diese zu keiner anderen Schlussfolgerung gekommen. Das Moment der Pöbe hat der Gerichtshof nicht als gegeben erachtet, weil der Angeklagte keine List angewendet hat, um das Opfer in eine besonders schwierige Situation zu bringen.

Präsident zum Angeklagten: „Sie haben das Recht, die Nichtigkeitsbeschwerde anzumelden.“

Verteidiger: „Wir behalten uns Bedenkzeit vor.“

Präsident: „Die Verhandlung ist geschlossen.“

Im Weggehen wendet sich der Angeklagte zum Zuhörerraum und schreit aus voller Lungenkraft: „Es lebe die internationale, revolutionäre Sozialdemokratie!“ Dieser Ruf findet in dem dicht gedrängten Saale und auf der vollbesetzten Galerie ein donnerndes Echo. Stimmen werden laut: „Es lebe die Internationale!“ Frauen winken Dr. Adler zu, als er schon der Ausgangstür zustrebt. Der Gerichtshof hat sich gleichfalls zum Fortgehen erhoben. Der Präsident befehlt der Justizwache, zu veranlassen, daß die Schreiber den Saal verlassen. Auch auf dem Flur des Schwurgerichts werden einzelne Dochrufe laut.

Es wurden vier Verhaftungen vorgenommen. Ebenso wurden auf der Straße von der Polizei noch acht bis zehn Arrestierungen vorgenommen, weil einzelne Verhandlungsteilnehmer Dochrufe ausgebracht hatten.

## Aus den Organisationen.

Der Lesabend im 2. Wahlkreis fällt der Pfingstfeiertage halber aus.

Jugendauskunft Niederbarnim. Am Freitag, den 1. Juni findet im Jugendheim Lichtenberg eine Sitzung des Kreisjugendausschusses statt. Da es sich um eine wichtige Tagesordnung handelt, ist vollständiges Erscheinen notwendig.

Genosse Artur Stadthagen, seit fast drei Jahrzehnten Vertreter unseres Kreises im Reichstages, vollendete am 21. Mai sein sechzigstes Lebensjahr.

Sechzig Jahre sind eine ziemlich spanne Zeit. Davon dreißig Jahre und mehr im Kampfe für die Rechte der arbeitenden und unterdrückten Bevölkerung nicht nur unserer Volksgenossen, sondern der internationalen Sozialdemokratie stehend, verdient auch von uns, die wir jedes Personenkults abhold sind, anerkannt zu werden.

Als junger Rechtsanwalt trat er in die Reihen des kämpfenden Proletariats ein. Von den sozialdemokratischen Funktionären des Wahlkreises Niederbarnim wurde Stadthagen im Jahre 1890 als Reichstagskandidat aufgestellt und ging in der Stichwahl als Sieger hervor. Bei jeder nachfolgenden Wahl immer wieder mit fortwährend steigender Stimmenzahl gewählt, wir vereinigt bei der letzten Wahl über hunderttausend Stimmen auf den Namen unseres Abgeordneten. Auch die üblichen Dankesbezeugungen der bürgerlichen Gesellschaft für die Kämpfe des Proletariats und des Sozialismus, der über ihn ver-

hängten Gefängnisstrafen, blieben unserem Jubilar nicht erspart. Ein innigeres Verhältnis zwischen Abgeordneten und Wählern besteht wohl in keinem Wahlkreise wie zwischen Stadthagen und seinen Wählern, der von Alt und Jung als „unser Artur“ bezeichnet wird. Keine Arbeit im Kreise hat ihn je verdrossen, allen Orien und Genossen war und ist er nicht nur Vertreter, sondern auch Freund und Berater in allen proletarischen Nöten und Sorgen. Neben der Vertretung der Parteiinteressen im allgemeinen hat er sich stets die Interessen unseres Kreises in der Partei angelegen sein lassen.

Aus diesem Grunde kann unser Jubilar und können auch wir mit Genugtuung feststellen, daß der Niederbarnimer Kreis fast geschlossen auf dem alten internationalen Standpunkt der Sozialdemokratie festgeblieben ist. Aus frohem Herzen, gestärkt durch die Erkenntnis, daß bei einem so innigen Zusammenarbeiten zwischen Gewähltem und Wählern die Idee des Sozialismus und unsere alte Organisation im Kreise nicht zugrunde gehen kann, bringen wir unserem Jubilar die besten Glückwünsche zu seinem Freudentage im Namen seiner Wähler, der Mitglieder und Anhänger der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und des Kreiswahlvorstandes dar und wünschen, daß es dem Sechzigjährigen noch lange Zeit vergönnt sein möge, für die Interessen des kämpfenden Proletariats und der internationalen Sozialdemokratie einzutreten.

Der Vorstand  
des Sozialdemokratischen Wahlkreises Niederbarnim.  
J. A.: D. Witzke, Vorsitzender.

## Aus der Zeit.

Wenn das nicht hilft! Das Berliner Tageblatt meldet: Noch ehe der Reichstag in die Ferien ging, haben alle Fraktionen der Regierung gegenüber den Wunsch geäußert, den Vertretern der verschiedenen Reichstagsparteien die Gelegenheit zu geben, sich über gewisse Organisationsfragen an Ort und Stelle zu unterrichten. Im Ernährungsbeirat des Reichstages wurden die näheren Umstände besprochen. Die erste parlamentarische Studienfahrt dieser Art wird bereits in allernächster Zeit stattfinden. Sieben Reichstagsabgeordnete, Angehörige aller Fraktionen, werden daran teilnehmen und ganz Deutschland bereisen und sich in erster Linie über den Viehbestand unterrichten, über die Tätigkeit der Viehhandelsverbände, über die Ausbringung der notwendigen Viehmengen, über die Art der Verladung des Viehs usw. Um den Parlamentariern einen möglichst umfassenden Einblick zu gewähren, werden die verschiedensten Gegenden mit oft stark abweichenden Verhältnissen berührt werden. Die erste Reise wird eine Woche dauern, eine zweite wird später erfolgen. Wenn sich das System bewährt, sollen weitere parlamentarische Studienfahrten veranstaltet werden, um auch in anderen Gebieten des Wirtschaftslebens den Abgeordneten Einblick zu ermöglichen.

Parlamentarische Studienfahrten werden unserer Meinung nach eine bessere Ernährung kaum herbeiführen können.

Ein erschütterndes Drama hat sich dieser Tage im Oten Leipzig abgepielt. Eine Hausfrau in Leipzig-Stütz hatte schon öfters beobachtet, daß an ihrem Brot herumgeschnitten war, ohne zu wissen, wer das getan hatte. Sie entschloß sich deshalb, aufzupassen, um den Täter zu ermitteln. Zu diesem Zwecke blieb sie am Dimmelfahrtstage in ihrer Wohnung. Auf ein Klopfen an ihrer Türe öffnete sie nicht, um dadurch den Eindringling zu erwecken, daß niemand in der Wohnung sei. Als sie sich auf das zweite noch stärkere Klopfen nicht meldete, wurde ein Schlüssel in das Schloß gesteckt und dann aufgeschlossen. Die Frau überraschte nun einen jungen Menschen, der sich an ihrem Brote zu schaffen machte. Es war ein Freund ihres Sohnes, der aus dem freundschaftlichen Besuche wußte, daß der Schlüssel zu seiner Haustüre zugleich zum Korridor der Familie paßte. Diesen Zufall hat sich der Junge, der erst ein Jahr aus der Schule entlassen ist, vielleicht schon mehrfach zunutze gemacht, um von dem Brot der Familie zu essen. Die Frau wollte nun den überraschten Jungen zu seiner Mutter schaffen, aber der Junge riß sich los und lief davon. Die Entdeckung hat das Kind völlig aus dem Gleichgewicht gebracht. In seiner Verzweiflung ist der Junge wahrscheinlich längere Zeit umhergeirrt, bis er dann gegen Mitternacht des Donnerstag auf den Eisenbahndamm in Stünzer Flur kletterte, wo er den Kopf auf die Schienen legte und sich von einem Zuge überfahren ließ. Am letzten Sonntag ist das unglückliche Kind beerdigt worden.

## Eine Georg Herwegh-Feier

wird am Donnerstag, den 31. Mai, abends 8 1/2 Uhr, die Arbeiterbildungsschule veranstalten. Auf diesen Tag fällt der hundertste Geburtstag dieses Freiheitsdichters, der auch der jungen Arbeiterbewegung nahe stand und für den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein das erste Arbeiterhymne gedichtet hat.

Genosse Eduard Bernstein wird in einem Festvortrag Leben und Schaffen des Dichters würdigen. Frau Nina O. Marchon, die Gattin des verstorbenen Dichters Wilhelm Holzammer, wird Dichtungen Herweghs rezitieren.

Die Feier findet im Hörsale der Schule, Lindenstr. 8, 4. Hof rechts 3 Treppen, statt. Der Eintrittspreis ist auf 30 Pfennig festgesetzt.

Verantw. Redakteur: G. Reid; Verleger: A. Hoffmann; beide Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Druck: Maurer & Dimmig, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.